

Ja

Zeitung zum Bürgerentscheid

Bürgerinitiative Wohnen ist Menschenrecht

38.000 ~~X~~ JA

Am 12. November: Wohnungen erhalten



Bitte gehen Sie wählen!

Am 12. November stimmen Sie mit Ja oder Nein über die Frage ab: „Sind Sie dafür, dass die Stadt Freiburg Eigentümerin der Freiburger Stadtbau GmbH und der städtischen Wohnungen bleibt?“

38.000 JA-Stimmen werden benötigt, damit wir den Verkauf der Freiburger Wohnungen für drei Jahre verhindern.

Freiburgs Bürgerinnen und Bürger haben am 12. November eine historische Entscheidung zu treffen. Bleiben die rund 7.700 Wohnungen der Stadtbau und die 1.000 Wohnungen des Liegenschaftsamts im gemeinschaftlichen Besitz der Stadt? Oder gehen diese wertvollen Vermögensbestände der Freiburger Bürgerschaft

für immer verloren? OB Salomon und die Gemeinderatsmehrheit wollten die Bürger hierüber nicht entscheiden lassen. Die Bürgerinitiative Wohnen ist Menschenrecht hat dies mit Unterstützung von 30.000 Unterzeichnern erzwungen. Vielen fällt jetzt eine Entscheidung schwer. Es ist eine verlockende Aussicht, einen vermeintlich schuldenfreien Haushalt zu haben. Manche erhoffen sich davon neue Handlungsspielräume. Sie übersehen dabei, dass die Verschuldung Freiburgs grundlegende Ursachen hat. Einerseits gibt es zu geringe Einnahmen, andererseits sind die Ausgaben oftmals unverzichtbar. In ganz

Deutschland sind die Städte überschuldet. Die Gemeinden werden von Bund und Land im Stich gelassen.

Das Image der Stadt lebt vom Fleiß vergangener Generationen und von ihrer badischen Besonnenheit. Freiburgs soziales Klima gründet auf Ausgleich und Vorsorge. Mit Hilfe besonderer Modelle der Mietermitbestimmung konnte ein sozialer Frieden erreicht werden. Freiburg benötigt dringend die Stadtbau als soziales Steuerungsinstrument. Inzwischen ist die Obdachlosigkeit in Freiburg auf ein Rekordniveau gestiegen. Es werden mehr und nicht weniger bezahlbare Wohnungen ge-

braucht. Zu denken ist auch an das heimische Handwerk und zahlreiche mittelständische Betriebe, die von der Stadtbau wichtige Aufträge erhalten. Das sichert Arbeitsplätze und schafft wichtige Steuereinnahmen für Freiburg. Ein auswärtiger Investor und auch die LEG hätten ganz andere Interessen. Vor diesem Hintergrund ist ein Verkauf nicht zu verantworten. Freiburg braucht eine umfassende bürgerschaftliche Diskussion, wie der Haushalt nachhaltig entschuldet werden kann, ohne dass das städtische Vermögen geopfert werden muss. Möglich wird das nur durch 38.000 Ja-Stimmen!



Günter Rausch

Architekten sind gegen den Verkauf

Aus einem offenen Brief der baden-württembergischen Architektenkammer: „Der kommunale Wohnungsbestand Freiburgs ist Zeugnis für den Wiederaufbau und den Zusammenhalt der Generationen. Er bietet bezahlbaren Wohnraum und Geborgenheit für zigttausende Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt und trägt zur notwendigen Balance des sozialen Friedens bei. Diese Errungenschaften dürfen nicht zum Wohle einer Gewinnmaximierung fremden Kapitals geopfert werden. [...] Trotz ‚Sozialcharta‘ werden über kurz oder lang die Mieten steigen. Ebenso die Anzahl der Mieter, die nicht in der Lage sein werden, für ihren Mietzins selbst aufkommen zu können. Diese Bürgerinnen und Bürger werden als Bedürftige wieder auf Wohngeld und andere finanzielle Hilfeleistungen der Stadt angewiesen sein und somit den städtischen Haushalt erneut und zusätzlich belasten.“

Bürgerverein Brühl-Beurbarung will Stadtbau erhalten

von Erwin Schlehuber, Vorsitzender des Bürgervereins

Im Stadtteil Brühl-Beurbarung ist überwiegend kommunaler Wohnraum zu finden, der in den 1920er- und in den 1890er-Jahren gebaut wurde.

Vertreten sind hier Bauvereins-, Stadtbau-, Liegenschafts-, Heimbau-, Familienheim- und Eisenbahnerwohnungen.

Durch die bürgerliche Beurbarungsgesellschaft wurden um 1890 die ersten sozialen Wohnungen gebaut, die ausschließlich Arbeitern, Ange-

stellten, kleineren Beamten sowie Witwen und Waisen vorbehalten waren und die sich in städtischem Besitz befanden.

Nach dem Krieg wurden die zerstörten Wohnungen durch die Siedlungsgesellschaft und durch die Eigeninitiative der Bewohner wieder aufgebaut.

Die roten Blocks am Tennenbacher Platz hatten schon in den zwanziger Jahren Parkettböden, Bäder und Zentralheizung sowie Dienstbotenzimmer

unter dem Dach. Die Häuser in der Lortzing- und Konradin-Kreutzer-Straße wurden nach und nach, auch durch Eigeninitiative der Mieter, durch den Einbau von Bädern, Doppelfenstern und einer Etagenheizung den persönlichen Wünschen der Mieter angepasst. Dadurch konnten die Mieten verhältnismäßig niedrig gehalten werden.

Die Gebäude an diesem Platz sind jetzt vollständig saniert und modernisiert worden und mit Balkonen im rückwärtigen Teil des Hauses ausgestattet, was den Wohnwert zusätzlich erhöht. Allein die Sanierungskosten liegen deutlich über dem erwarteten Verkaufserlös. Wir sind schockiert über die Verantwortungslosigkeit unserer gewählten Volksvertreter, die wieder einmal bestätigen: „mit fremdem Geld ist gut wirtschaften“.



Christa Donat: „Am 12. November mit Ja stimmen!“

Ja-Zeitung: Warum sind Sie gegen den Verkauf?

Christa Donat: Wenn es zum Verkauf kommt, werden die Mieten mittelfristig steigen und Sanierungen und Reparaturen zurückgefahren. Ich fürchte, ein Finanzinvestor würde den Mieterbeirat abschaffen. Damit würden die Mieter jedes Recht auf Mitsprache verlieren. Zudem ist der Verkauf nicht nötig,

weil es andere Möglichkeiten gibt die Stadt zu entschulden.

Ja-Zeitung: Aber die Mieter sollen doch durch eine Sozialcharta abgesichert werden?

Christa Donat: Diese Sozialcharta ist, wie Experten sagen, weiße Salbe. Sollte ein Investor sich nicht an die Charta halten, muss der Mieter ihn verklagen. Die wenigsten Mieter verfügen

über einen Mietrechtsschutz. Ihnen fehlen einfach die Mittel für eine Klage. Mieter aus anderen Städten berichten, dass Investoren sich nicht an die Charta halten. Hinzu kommt die Unsicherheit bei einem Weiterverkauf der Wohnungen.

Ja-Zeitung: Für wie realistisch schätzen Sie es ein, dass der Entscheid gewonnen wird?

Christa Donat: Ich bin sicher, dass die Bürger von Freiburg wissen, dass der Verkauf der Wohnungen die schlechteste aller Lösung ist um die Stadt zu entschulden und darum am 12. November mit Ja stimmen werden.



Christa Donat,
Vorsitzende des Mieterbeirats
der Freiburger Stadtbau

Anzeige

KARL HOMA
SANITÄRE ANLAGEN GMBH

Merzhausen 0761-402018

www.thoma-sanitaer.de

Inh. Walter Müller

Z'Fryburg in der Stadt, suufer isch's un glatt

Salomons Favoritin heißt TINA

Freiburg rühmt sich stets seines besonders sozialen Klimas. Dass es auch anders aussehen könnte, haben im letzten Winter zahlreiche französische Städte erfahren müssen, als Jugendliche in den armen Vorstädten gegen ihre Ausgrenzung revoltierten und Autos und Gebäude in Brand setzten.

Freiburg dagegen kann darauf verweisen, dass hier auch arme und von Armut bedrohte Menschen Wohnraum und soziale Begleitprogramme erhalten. Die Gemeinwesenarbeit wurde seit rund 30 Jahren systematisch entwickelt und zuletzt durch gezielte Quartiersarbeit ergänzt. Zentrales Steuerungsinstrument sind dabei die rund 10.000 städtischen Wohnungen, die regulierend auf den Mietpreis wirken. Mit

ihnen können auch Menschen, die auf dem sogenannten freien Markt keine Wohnung finden, bezahlbaren Wohnraum erhalten.

Sollte jetzt die Stadtbau verkauft werden, geht ein Stück Geschichte Freiburgs verloren. Traditionelle Werte und Gemeinschaftsideen würden dem reinen Gewinnstreben von Konzernen geopfert. Seit Jahrhunderten gründeten die Kommunen ihre Identität auf den gemeinsamen Besitz. Die Gemeinde, das waren die Felder, Wiesen und Wälder, die die Bürgerinnen und Bürger gemeinsam nutzen konnten. Kommunalen Besitz diente auch der Versorgung der Armen und als Rücklage für schlechte Zeiten. Nur in größter Not griff man darauf zurück. Aber leben wir heute in Notzeiten? In Wirklich-

keit existiert in den Mauern unserer Stadt mehr Reichtum als je zuvor. Dass der städtische Haushalt ein Problem hat, ist etwas völlig anderes! Um dies zu korrigieren, muss man aber nicht die Grundlagen der Kommune opfern, sondern sollte sich an die Bürgertugenden erinnern und in aller Ruhe Alternativen erörtern.

„Sollte das Beispiel, wie in Dresden, Schule machen, stehen bald viele Bundesbürger auf der Straße, weil sie sich preiswerten Wohnraum nicht mehr leisten können.“

Mieterbeirat SWEG
Stuttgart an OB Salomon

„Wir sehen auch unser Engagement für ein friedliches Miteinander im Stadtteil durch die Vorgehensweise der Stadt Freiburg stark beschädigt.“

Aus einem Offenen Brief der Weingartener Kirchengemeinden an Oberbürgermeister Salomon.



Copyright: Peter Gaymann

TINA ist nicht die heimliche Freundin von Salomon. TINA ist auch kein Wirbelsturm, der alle Gegner des OB hinwegfegen könnte. Nein, TINA ist Salomons politisches Bekenntnis. TINA heißt auf gut deutsch: „There Is No Alternative“, es gibt keine Alternative.

Der klassisch neoliberale Spruch bedeutet: Politik muss sich wirtschaftlichen Interessen unterordnen, der Staat nur noch für Recht und Ordnung sorgen. „Freier Wohnungsmarkt statt Sozialwohnungen“, viele Arme – wenige Reiche.

Eigentlich würde man das von einem grünen OB nicht unbedingt erwarten. Doch Salomons einziges „Argument“ für den Verkauf der Wohnungen lautet immer wieder nur: TINA. Salomon hat aber nicht nur keine Alternative, er hat auch keine Ahnung: nach vielen Jahren im Stadtrat, davon vier Jahre als OB, ist er angeblich „überrascht“ von der katastrophalen Finanzlage seiner eigenen Stadt.

Deshalb: helfen wir dem überforderten OB. Geben wir ihm – durch unsere Ja-Stimme beim Bürgerentscheid – drei Jahre Zeit, sich von TINA zu trennen. Zeit, eine ordentliche Politik zu beginnen, die analysiert, woher die Probleme der Stadt kommen, durchdenkt, welche Alternativen es gibt und vorausschauend plant. Zeit, die vielen Alternativen zu prüfen, die jetzt schon auf dem Tisch liegen. Zeit, zu der Erkenntnis zu kommen, dass man eine Stadtbauengesellschaft – die sogar Rekordgewinne erzielt – nicht verramscht. Denn Wohnungen sind die Basis einer Stadt.

Renate Auer

Schuldenfrei auf einen Schlag? – Geht nicht!

von Hendrikk Guzzoni

OB Salomon und Finanzchef Neideck sagen, nur mit einem Verkauf der Freiburger Stadtbau und ihrer Wohnungen ließe sich der Haushalt konsolidieren. Ziel sei es, die Stadt „auf einen Schlag“ zu entschulden. Tatsache ist, dass die Kredite der Stadt teilweise bis zum Jahr 2015 laufen. Wollte die Stadt alle Schulden sofort zurückzahlen, müsste sie Vorfälligkeitszinsen in Höhe von rund 40 Millionen Euro bezahlen. Also kann sich die Stadt aktuell gar nicht entschulden, denn in den nächsten zwei Jahren kön-

nen nur Kredite in Höhe von rund 90 Millionen Euro zurückgezahlt werden.

Das wissen auch der OB und sein Finanzbürgermeister Neideck. Sie wollen gar nicht alle Schulden auf einmal zurückzahlen, sondern das Geld anlegen!

Das Ziel, einen genehmigungsfähigen Haushalt zu bekommen, ist auch anders zu erreichen. Hierzu haben die Gemeinderatsfraktionen der FDP, der SPD und der Unabhängigen Listen und viele andere Gruppierungen in Freiburg

Vorschläge gemacht. Beispielsweise könnte allein durch die Übernahme der städtischen Wohnungen durch die Stadtbau die in den Jahren 2006 und 2007 rückzahlungsfähigen Darlehen beglichen werden. Zwar will der Regierungspräsident das nicht genehmigen, aber eine rechtliche Begründung hat er dafür nicht genannt. Auf Landesebene ist das jedoch durchaus üblich.

Die Verwaltungsspitze hat alles auf eine Karte gesetzt. Alle anderen Vorschläge werden abgelehnt. Zur sorgfältigen Prüfung dieser vorliegenden Alternativen sowie zur Entwicklung neuer nachhaltiger Konzepte bräuchte es mehr Zeit. Diese gibt es nur mit einem „Ja“ beim Bürgerentscheid am 12. November.

Gewerkschaften sagen JA

von Bernd Wagner, DGB Ortsverband Freiburg

Der DGB Südbaden-Hochrhein, sein OV Freiburg sowie mehrere Einzelgewerkschaften rufen dazu auf, am 12. November mit Ja für den Erhalt von städtischem Wohneigentum und Arbeitsplätzen zu stimmen.

Als die Bürgerinitiative 30.000 Unterschriften sammelte um den Bürgerentscheid einzuleiten, griff sie damit das demokratische Grundprinzip auf, dass strittige Fragen mittels einer demokratischen Abstimmung entschieden werden müssen.

Bei der Stadtbau sind im Falle eines Verkaufs 150 Arbeitsplätze bedroht. In Zeiten, in denen Banken und Großkonzerne trotz Spitzengewinnen zigtausende Arbeitsplätze vernichten, dürfen nicht auch noch die Kommunen Beschäftigte entlassen. 150 Arbeitsplätze weniger in Freiburg bedeuten auch, dass die Absolventen

von fünf Schulklassen keinen Arbeitsplatz in unserer Stadt finden werden.

Die Stadtbau vergibt zudem pro Jahr Aufträge im Umfang von 25 bis 30 Millionen Euro an das Handwerk und den Handel in Freiburg und Umgebung. Investmentfirmen dagegen schreiben Aufträge bundesweit oder international aus. Dies würde weitere viele hundert Arbeitsplätze in Freiburg kosten und es fielen Steuern weg, die vorher in Freiburg bezahlt wurden.

Immobilienunternehmen wollen Gewinne machen – doch womit? Sie können nur aus Mieterhöhungen, dem Weiterverkauf von Wohnungen oder von steuerlichen Vorteilen kommen. Mietsteigerungen werden den Mietspiegel in ganz Freiburg verteuern und damit auch die Mieten von vielen unserer Mitglieder.



Bild: Ulrike Schubert

„Herr Salomon, wir lassen uns nicht verkaufen“

Anzeige

Franz und Geyer

Schwarzwaldstraße 21
79117 Freiburg

Tel (07 61) 76 79 500
www.franzundgeyer.de

Freie Architekten

Die Sozialcharta nützt nichts

von Manfred Wolf, Vors. des DMB-Mietervereins Freiburg

Der Oberbürgermeister und die Stadtverwaltung weisen immer wieder darauf hin, dass bei einem Verkauf der Freiburger Stadtbau GmbH die Mieter Luxus-sanierungen sollen verboten werden. Wer aber legt fest, was „Luxussanierungen“ und was notwendige Modernisierungen sind?



Bild: Martin Klaus

Die Sozialcharta schützt nicht gegen Heuschrecken!

bestens geschützt seien. Es soll eine umfassende Sozialcharta geben, die bis heute aber nur als Wunschliste vorliegt und als Verhandlungsgrundlage dient. So werde unter anderem Menschen über 60 oder mit schwerer Behinderung ein lebenslanges Wohnrecht eingeräumt. Was geschieht aber, wenn die Wohnungen modernisiert oder die Mieten im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten nach oben korrigiert werden? Was nützt das, wenn die Betroffenen die Miete nicht mehr zahlen können? Und was ist überhaupt mit den Rechten der Mieter, auf die diese Bedingungen nicht zutreffen?

Mietsteigerungen sollen auch im Fall von Modernisierungen begrenzt werden. Dies würde im besten Fall dazu führen, dass Modernisierungen nur in sehr begrenztem Rahmen stattfinden. Auch notwendige Modernisierungen werden dann sicherlich nur vorgenommen werden, wenn es möglich ist dass die Mieter sie bezahlen. Auch wenn man die Mietsteigerungen begrenzt, innerhalb dieser Grenzen werden sie stattfinden und voll ausgeschöpft werden. Solange die Einkommen der Mieter stagnieren oder sogar sinken, ist das für kaum jemanden bezahlbar.

Die Belegungsrechte, die sich die Stadt sichern kann, werden sicher nicht ausreichen um eine sinnvolle Belegungspolitik zu gestalten. Im Gegensatz zu anderen Städten sind bezahlbare Wohnungen Mangelware und werden es in absehbarer Zukunft auch bleiben. Zahlreiche Fragen sind ungeklärt und lassen sich nicht einfach beantworten. Wer kontrolliert beispielsweise die Einhaltung der Sozialcharta bei einem Weiterverkauf? Wer garantiert, dass die besseren Bedingungen der alten Mietverträge in die neuen übernommen werden, und warum hat die Stadtbau dies nicht schon getan? Und was, bitte schön, geschieht im Falle eines Mieterwechsels? Viel mehr Fragen als Antworten. Es ist zu befürchten, dass die Sozialcharta das Papier nicht wert sein wird, auf dem sie geschrieben steht.

„Der Freiburger Stadtbau Verbund ist unser zentrales Instrument für eine aktive Wohnungspolitik, er unterstützt unsere Sozialpolitik und Stadtentwicklung und trägt zu unserer Lebensqualität bei.“

Dieter Salomon in einem Interview für den Geschäftsbericht der Freiburger Stadtbau im Jahr 2004

Anzeige

**Stress mit dem Vermieter ?
Kommen Sie zu uns !**



**DMB
MIETER
VEREIN
REGIO
FREIBURG**

Wir können weiterhelfen.

Mieterverein Regio Freiburg e.V
Marchstr. 1
79106 Freiburg
Telefon: 0761 - 20270-0
Fax: 0761 - 20270-70
www.mieterverein-regio-freiburg.de

Anzeige

Werkgruppe

Architektur
Solares Bauen
Sanierung
Energieberatung
Generalplanung

Freiburg

Werner Miller, Architekt
Ulrich Mayer, Architekt
Friedrichring 16-18
79098 Freiburg
07 61 / 2 02 44 - 21
wgf@werkgruppe-freiburg.de
www.werkgruppe-freiburg.de

Der Verkauf löst keine Probleme

von Julia Meier

Im Jahr 2005 hatte die Stadt Freiburg 320 Millionen Euro Schulden. Deshalb will Herr Salomon die Freiburger Stadtbau verkaufen, um damit den Schuldenberg der Stadt Freiburg abzubauen.

Die regulären Einnahmen der Stadt und ihre laufenden Ausgaben klaffen weit auseinander. Der Bund verschärft das Problem: die massiven Steuerensenkungen für große Unternehmen im Rahmen der Steuerreform 2002 belasten bis heute die Haushalte der Kommunen. Die Bundesregierung trifft oft Entscheidungen, deren Umsetzung Sache der Kommunen ist, stellt diesen aber zu wenig oder gar kein Geld dafür zur Verfügung. Beispiele hierfür sind das Recht auf Kindergartenplätze für Kinder ab drei Jahren und die Hartz-

IV-Gesetze. Dabei erklärte der Bund die Kosten zur Unterbringung der Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld II kurzerhand zur Sache der Kommunen, ohne vollständig dafür aufzukommen. Allein diese beiden Gesetze kosten die Stadt Freiburg jedes Jahr 30 Millionen Euro.

Dieses Problem lässt sich nicht in Freiburg lösen, sondern nur durch Druck auf die Bundesebene.

Doch gab es auch in Freiburg teure Entscheidungen: der Ausbau der neuen Messe kostete

22,5 Millionen Euro, die Gewerbesteuer wurde seit zehn Jahren nicht erhöht.

Die bundespolitischen Entscheidungen, hohe Ausgaben für Großprojekte bei gleichzeitigem Verzicht auf Einnahmen aus der Besteuerung der lokalen Wirtschaft haben unter anderem dazu geführt, dass der Haushalt nicht genehmigungsfähig ist. Das soll nicht mit den städtischen Wohnungen bezahlt werden.

Genausowenig soll die Stadt in Zukunft das Wohngeld, das Arbeitslosengeld-II-Empfänger

und Geringverdiener erhalten um sich überhaupt eine Miete leisten zu können, an die Finanzinvestoren zahlen. Derzeit kommt das Geld der Stadt selbst zugute, denn Gewinne der Stadtbau – im letzten Jahr waren es über 10 Millionen Euro – werden in Freiburg wieder in den Wohnungsneubau und in die Modernisierung des Bestandes investiert. Daher trägt ein Verkauf nicht etwa zur Konsolidierung des Haushalts bei, sondern verschlimmert die Lage auf mittelfristige und lange Sicht.



„Es ist so ein sehr kurzfristiger Gewinn, mit dem man heute die Bilanz schön, morgen aber wohnungspolitisch nichts mehr zu sagen und zu tun hat!“

Christian Ude, Oberbürgermeister von München über Verkäufe städtischer Wohnungen (21. 9. im ARD-Magazin Panorama)

Wer ein Genossenschaftsmodell will, muss mit Ja stimmen!

In den letzten Wochen wirbt der Freiburger Bauverein gezielt um Unterstützung für ein Genossenschaftsmodell.

Eine Einigung auf ein solches Modell würde die anstehende Ausschreibung der städtischen Wohnungen überflüssig machen, wenn der Bürgerentscheid den Verkauf nicht ver-

hindert. Übersehen wird dabei, dass für diesen Fall die öffentliche Ausschreibung bereits vom Gemeinderat beschlossen wurde.

Wenn es aber zur Ausschreibung kommt, hat ein Genossenschaftsmodell keine Chance mehr. Jeder Immobilienfonds kann mehr Geld zahlen als jede

seriöse Genossenschaft.

Fortress hat bereits angekündigt, beispielsweise die LEG überbieten zu können. Welcher Stadtrat wird widerstehen können, wenn es um viele Millionen geht?

Die Mehrheit wird sich dann für den besser Zahlenden entscheiden. Daher muss man

am 12. November mit Ja stimmen um den Verkauf an eine Heuschrecke zu verhindern. Das ist die Voraussetzung um überhaupt über ein Genossenschaftsmodell nachdenken zu können, wenn man ein solches bevorzugt.

Bernd Wagner

Privatisierung ohne Ende

von Dieter Reiprich

Was ist eigentlich Privatisierung? Die Definition aus dem Lexikon der Globalisierung lautet: „Privatisierung ist die Einführung gewinnorientierter Steuerung in Bereiche, die bisher an Kriterien des Gemeinwohls ausgerichtet waren“.

Privatisierung wird in der Öffentlichkeit damit begründet, dass private, unter Konkurrenzdruck stehende Unternehmen effizienter arbeiten würden als öffentliche Betriebe. Tatsächlich führt Privatisierung aber dazu, dass öffentliche durch private Unternehmen ersetzt werden. Für das Verhalten privater Unternehmen ist nicht das öffentliche Interesse, sondern der eigene Gewinn entscheidend. Dies veranlasst sie immer wieder dazu, durch drastische Kostensenkungen Arbeitsplätze zu vernichten, Arbeitsbedingungen zu verschlechtern sowie die Qualität und Sicherheit der Versorgung zu vernachlässigen.

Sind die Wohnungen erst gekauft, lässt man „unattraktive“ Wohnungen verfallen, in ansehnlichen Lagen werden mit „Luxussanierungen“ die Mieten hochgetrieben. Es werden bevorzugt Marktanteile anderer Unternehmen erobert, statt neue Investitionen zu tätigen.

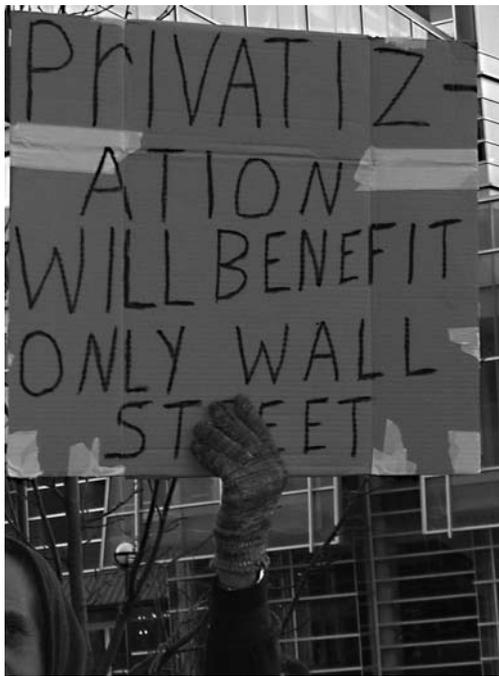
Die Erfahrungen zeigen, dass es außerordentlich schwierig ist, die Einhaltung von Standards im öffentlichen Interesse mittels politischer Kontrolle zu erzwingen. Privatisierung ist eine wesentliche Säule der neoliberalen Globalisierung, die sich in den letzten beiden Jahrzehnten weltweit weitgehend durchgesetzt hat. Ihr ökonomischer Hintergrund ist die Suche nach profitablen Anlagen für privates Kapital. Sie zielt daher darauf ab, immer größere Bereiche der Gesellschaft für die private Gewinn-

maximierung zu nutzen. Hierdurch werden diejenigen, die nicht genügend Geld haben, von der Nutzung öffentlicher Güter ausgeschlossen. Das führt zu höherer Konkurrenz unter den Menschen und zu sozialer Polarisierung.

Das weiß auch Salomon, Oberbürgermeister der heimlichen Öko-Hauptstadt Freiburg im Breisgau. Er ist eine der politischen Kräfte, die Wohnungen verkaufen wollen – zum Zwecke eines einmaligen Geldschubs und im blinden Glauben an die Effizienz der freien

Wirtschaft. Diese wird von der Kommune aus dem guten Grund reguliert und kontrolliert, damit nämlich eine Daseinsvorsorge für tausende Menschen in unserer Stadt gesichert bleibt.

Im Kern sind diese Privatisierungen eine Enteignung des Gemeinwesens, eine massive Einschränkung der Demokratie und der Arbeitnehmerrechte sowie eine Aushebelung solidarischer Systeme zugunsten privater Profite.



„Privatisierung nützt nur der Börse!“

Grüne gegen Wohnungsverkauf

Auch in Nordrhein-Westfalen kämpfen die Bürgerinnen und Bürger gegen Wohnungsverkauf. Dort plant die Regierung den Verkauf der ca. 100.000 Wohnungen der Landesentwicklungsgesellschaft LEG.

Um sich gegen diese Pläne zu wehren, hat sich die „Volksinitiative sichere Wohnungen und Arbeitsplätze“ gegründet. Träger der Initiative sind Mietervereinigungen, Betriebsräte, Gewerkschaften und Parteien – darunter auch die Grünen.

Der Landesvorsitzende der Grünen, Schneckenberger, erklärte am 27. Juni 2006: „Durch die Pläne droht NRW ein weiterer Ausverkauf günstigen Wohnraums, vermutlich wieder einmal an eine Fondsgesellschaft. Und genau das darf nicht passieren, weil es wohnungs- und sozialpolitisch falsch wäre. Die Folgen wären fatal, wie eine ganze Reihe von Beispielen zeigt: höhere Mieten und weniger Mietschutz wären die Konsequenzen. Mieter und Wohnungen werden dann Spekulationsobjekte, die einen möglichst hohen Gewinn abwerfen sollen, oder deren Sanierung vernachlässigt wird, wenn sie in Stadtteilen mit sozialen Problemlagen liegen.“

Kiel: Wohnungen verkauft — Auch LEGs werden verkauft Stadt verschuldet

Die Stadt Kiel hat 1999 die städtische Wohnungsbaugesellschaft mit ungefähr 10.000 Wohnungen verkauft. Zur nachhaltigen Entschuldung hat dieser Verkauf nichts beigetragen, Kiel ist heute wieder hoch verschuldet. Auch die Kieler Stadtwerke wurden verkauft, mussten aber wieder zurückge-

kauft werden, da der Investor seine Aufgaben nicht erfüllte. Der Kieler Finanzchef erklärte vor einigen Wochen, dass im nächsten Jahr ein Haushaltsloch von 70 Millionen Euro drohe. Jetzt will die Stadt Kiel die Stadtentwässerung verkaufen. Doch eine Entschuldung ist auch so nicht in Sicht.

Die Investmentfonds Fortress, Cerberus, Blackstone, Deutsche Annington usw. haben schon hunderttausende Wohnungen, darunter ehemalige Werkswohnungen der Bahn und von Kohlezechen, der GAGFAH und auch kommunale Wohnungen wie in Dresden erworben. Neben diesen stehen die baden-württembergische Landesentwicklungsgesellschaft LEG und eine genossenschaftliche Bie-

tergruppe vor den Toren der Freiburger Stadtbau.

Gern wird behauptet, mit der LEG stehe eine regionale Möglichkeit aus dem Schwäbischen zur Verfügung. Doch Verkäufe von LEGs sind in anderen Bundesländern dazu genutzt worden, Löcher in Haushalten zu stopfen und wurden beispielsweise in Niedersachsen an den Finanzinvestor Fortress verkauft.

Ja

Zeitung zum Bürgerentscheid

Bürgerinitiative Wohnen ist Menschenrecht

38.000 X JA

Bitte gehen Sie wählen!

Am **12. November** stimmen Sie mit Ja oder Nein über die Frage ab: „Sind Sie dafür, dass die Stadt Freiburg Eigentümerin der Freiburger Stadtbau GmbH und der städtischen Wohnungen bleibt?“

38.000 Ja-Stimmen werden benötigt, damit wir den Verkauf der Freiburger Wohnungen für drei Jahre verhindern.

Ihre Wahlbenachrichtigung erhalten Sie bis zum 22. Oktober. Damit können Sie, wie bei jeder anderen Wahl auch, in dem Wahllokal wählen gehen, das auf der Benachrichtigung angegeben ist.

Auch per Briefwahl können Sie wählen, indem Sie die Wahlbenachrichtigung ausgefüllt und unterschrieben an das dort angegebene Wahlamt schicken.

Termine und Veranstaltungen:

11. 10., 25. 10., 8. 11.: Mitgliederversammlung der Bürgerinitiative „Wohnen ist Menschenrecht“, jeweils um 20 Uhr in der EBW Weingarten. Auch Interessierte sind herzlich willkommen!

12. 10.: Diskussionsveranstaltung mit Vertretern der Dresdner „WOBA erhalten“-Bürgerinitiative um 20 Uhr im Cafe Velo.
Veranstalter: Die Linke.WASG Freiburg

17. 10.: Hearing mit W. Förster, Wien, P. Conradi, Ex-MdB, R. Kuklinski, Karlsruhe, Dr. F.-G. Rips, Deutscher Mieterbund, um 19 Uhr. Ort siehe Tagespresse.
Veranstalter: SPD Gemeinderatsfraktion

22. 10.: Kunstauktion zugunsten der Bürgerinitiative – Versteigerung von Werken von Künstlern aus Freiburg und der Regio, u.a. von Peter Gaymann. Ab 14 Uhr im Morat-Institut

Kontakt:

Aktuelle Informationen sind auf unserer Homepage zu finden:
www.wohnen-ist-menschenrecht.de

Wenn Sie sich an Wahlkampfaktionen beteiligen möchten, wenden Sie sich bitte an:

Claudia Rich: 0172/9458077
Winfried Cordi: 0160/97646177

Impressum:

Erstellung: Julia Meier, Armin Herbert

Druck: Der Ossi-Druck,
Am Piperfenn 8, 14776 Brandenburg

V. i. S. d. P.: Walter Krögner, Höllentalstr.
11, 79117 Freiburg

Die Rechte der Artikel und Bilder liegen bei den jeweiligen Urhebern. Nichtauszeichnung von Marken deutet nicht auf deren freie Verwendbarkeit hin.

Alle Rechte vorbehalten.



Anzeige



ARS All - Reinigungs-Service GmbH
Rankackerweg 42 - 79114 Freiburg
Telefon 0761 471889 - Fax 0761 484835
E-Mail ars.freiburg@t-online.de

Tägliche Unterhaltsreinigung - Krankenhausreinigung - Neubau-Schlussreinigung
Glas-, Rahmenreinigung - Industrieentstaubung - Schamponierung von Textilbelägen

Anzeige

HERMANN
Emter

Gipser- und Stuckateurbetrieb



79110 Freiburg
Dunantstraße 12
Tel. 0761 / 84051

<http://www.emter.de> · mail to: emter@t-online.de

Anzeige

Putz, Stuck, Trockenbau, Wärmedämmung und Gerüstbau

Andreas Biermann
Gipser- und Stuckateurmeister

Bifänge 47
Tel. 0761 - 44 52 13 Fax: 0761 - 47 62 288 Handy: 0171 - 3 38 97 71

79111 Freiburg i. Br.